

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 538

Mittwoch, 11. Juli 2013

20. Jahrgang

Söhne und Töchter der Erde: Maya-Gemeinden und Land Grabbing in Guatemala – Teil 1

Im Folgenden geben wir einen Artikel aus der ersten Broschüre der Reihe „Land und Souveränität in Lateinamerika“ wieder, die von Food First und dem Transnational Institute herausgegeben wird. Die Broschüre erzählt von der Landnahme (Land Grabbing (engl.)) in Guatemala, d.h. der Aneignung von Land mit zweifelhaften (illegalen) Mitteln durch trans-/nationale, private oder staatliche Konzerne, und dem Widerstand der Maya-Q'eqchi'. Der Autor Alberto Alonso-Fradejas ist Doktorand am Institut für Sozialstudien in Den Haag, Niederlande.

Da es ein ziemlich langer Artikel ist, verteilen wir ihn auf zwei ¡Fijáte! Ausgaben. Im ersten Teil gehen wir auf die historischen Hintergründe und die jüngere Geschichte ein, sowie auf die Praktiken, mit denen der Landverkauf vonstattengeht, eingebettet in die sozialhistorischen und politischen Begebenheiten. Im zweiten Teil werden wir die konkreten Auswirkungen auf die betroffenen BäuerInnen eingehen, die Konflikte, die sich aus dem Land Grabbing ergeben und die Widerstände.

Einleitung:

In den letzten zehn Jahren hat die Expansion von Zuckerrohr- und Ölpalmenplantagen im Norden Guatemalas auch die Ländereien der Q'eqchi', die sich in ihrer eigenen Sprache *R'al Ch'och*, also Söhne und Töchter der Erde nennen, erreicht. Viele der Q'eqchi's waren erst während des völkermörderischen inneren Konfliktes zwischen 1960 und 1996 in den Norden geflohen. Die Plantagen haben bereits hunderte Familien vertrieben, ja ganze Gemeinden, und so zu Landlosigkeit, steigender Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit geführt. Auch wenn die meisten Q'eqchi'-Familien ein wenig Geld für ihr Land erhielten, so war es doch nicht genug, um nicht-bäuerliche Existenzen zu sichern oder gar Zugang zu neuem Land zu erlangen.

Die Konzerne, die Landnahme betreiben, werden von den europäischen Nachkommen der guatemalteckischen Oligarchie beherrscht, die so von den steigenden Preisen für Nahrung, Tierfutter und Öl auf dem Weltmarkt profitieren. Sie werden ebenfalls von internationalen Investmentfirmen oder auch Institutionen wie die Weltbank, die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IDB) und die *Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration* (CABEI) unterstützt. Angesichts der gewaltsamen Enteignung und der (Zwangs-)Eingliederung in ein ausbeuterisches Arbeitsregime kämpfen viele bäuerliche Familien um den Zugang zu Ländereien und verteidigen ihre Ressourcen als Basis für ihre kollektive Identität als Q'eqchi' bzw. R'al Ch'och.

Historischer Hintergrund

Nach dem Militärputsch mit Beihilfe der CIA gegen Jacobo Arbenz Guzmán im Jahr 1954, also gegen jenen Präsidenten, der versucht hatte, Land der US-amerikanischen *United Fruit Company* an das Volk zu verteilen, wurde die guatemalteki-

Inhaltsverzeichnis

Söhne und Töchter der Erde: Maya-Gemeinden und Land Grabbing in Guatemala.....	1
Waffenhandel mit Guatemala.....	4
Fast die Hälfte der Polizeifahrzeuge in Guatemala ist kaputt!...	5
LGTB-Rechte: Anzeige gegen den Präsidenten und Christopher-Street Day in Guatemala.....	5
Zunahme der Attacken gegenüber MenschenrechtsverteidigerInnen.....	5

sche Regierung von Militärs kontrolliert. Nach und nach haben die Militärregierungen einen Krieg gegen die Guerillagruppen geführt, bei dem tausende unschuldiger Indigene massakriert wurden. 1996 wurde mit dem Friedensabkommen offiziell der interne Konflikt beendet, bei dem 200.000 Menschen getötet oder verschwunden worden sind. 80 % davon waren Angehörige der Maya-Völker. Im gleichen Zeitraum haben die Militärs – unterstützt durch die US-amerikanische *Alliance for Progress* (dies ist ein Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südamerika, das 1961 initiiert wurde und darauf abzielte, den Einfluss der Sowjetunion auf dem Kontinent zu verhindern) – eine konterrevolutionäre Politik bezüglich der Landfrage ausgeübt. Sie sah vor, dass landlose Familien in dem agrarischen Gebiet (unbearbeiteten Wald) der nördlichen Tieflandgebiete angesiedelt werden. Seitdem sind tausende landlose (oder fast landlose) Familien überall im Land, vor allem aber Q'eqchi'-Familien aus dem Hochland des Departments Alta Verapaz, in das nördliche Tiefland gezogen, um der Lohnknechtschaft und der Gewalt des bewaffneten Konfliktes zu entgehen und Land und Lebensmöglichkeiten für sich zu finden.

Frieden, Neoliberalismus und Privatisierung von Landtiteln

Nach dem Abschluss des Friedensabkommens von 1996 hat die Weltbank Beratung und Finanzierung für ein Programm einer sogenannten *Markt unterstützten Landreform* (MALR) bereitgestellt. Das Ziel war es, „die freiwillige Transaktion zwischen 'Käufern' und 'Siedlern' zu fördern und zugleich die verschiedenen 'Verzerrungen' auf dem Agrarmarkt zu entfernen.“

Ein Produkt des Programms war die Gründung des *Staatlichen Landfonds* (FONTIERRAS) mit der Zielsetzung, Kredite, finanzielle Hilfen und technische Unterstützung landlosen oder fast-landlosen Familien zu gewähren und zugleich die Frage der Landgesetzgebung und -titel anzugehen. Zwischen 1997 und 2008 hat der Fonds nur knapp 4 % des landwirtschaftlich nutzbaren Landes an weniger als 5 % der landlosen Familien verteilt. Ab 2009 wurden die Kredite von FONTIERRAS nicht mehr für den Kauf von Land gewährt, sondern nur für das Anmieten auf jährlicher Basis. Zudem haben viele Familien, die durch die Kredite der FONTIERRAS Zugang zu Land erhalten hatten, ihre Landtitel inzwischen verkauft. Diejenigen, die ihre Ländereien behalten, kämpfen mit den unsteten und tendenziell steigenden Schuldzinsen. Die zwei Hauptgründe für die negativen Folgen von MALR in Guatemala sind: erstens – die geringe Qualität der Ländereien, die an die BäuerInnen verkauft wurden und zweitens – die wirtschaftlichen Folgen der neoliberalen Strukturanpassungsmassnahmen, die die staatlichen Unterstützungen für KleinbäuerInnen abbauten und somit die Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf auf dem Markt stark benachteiligten.

Aber während FONTIERRAS bei der Landverteilung versagte, waren sie bei der Vergabe legaler Landtitel erfolgreich. Ganz im Sinne des Weltbank-Diskurses interpretierte FONTIERRAS die historischen Forderungen nach Landrechten für die BäuerInnen und indigene Bevölkerung als ein Mandat, individualisierte Landtitel zu vergeben. Die Konsequenz war, dass Gemeindeland, das kollektiv nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft bewirtschaftet wurde, nun aufgeteilt, also bezüglich der Landtitel privatisiert und individualisiert wurde. Politisch und wirtschaftlich gesehen; steht diese Entwicklung in einem scharfen Gegensatz zum traditionellen bäuerlichen Agrarwesen und führte zu verbreiteten Stressverkäufen von bäuerlichem Land. Laut Weltbank hat dies zu einer Situation beigetragen, in der „sichere Land-Eigentumsrechte auf effizientere NutzerInnen und ProduzentInnen übertragen wurden.“ Das hat in der Praxis zu legalen Enteignungen einer grossen Zahl von indigenen bäuerlichen Familien geführt. 2003, kurz vor dem Anfang der Landnahme für Zuckerrohr- und Palmöl-Plantagen, war die Landverteilung in Guatemala bereits höchst ungleich: 78 % des bebaubaren Landes wurde von 8 % der LandbesitzerInnen kontrolliert. Heute hat die wachsende Kontrolle von Land und Ressourcen im nördlichen Tiefland durch Konzerne die Ausmasse einer Krise angenommen.

Guatemala's Flex-Crop-Boom: Zuckerrohr und Palmöl

Die eng miteinander verknüpften globalen Krisen – Finanz-, Energie, Nahrungsmittel- und Umweltkrise – haben in den letzten Jahren bewirkt, dass Unternehmensinvestitionen zunehmend in Ressourcen gesteckt werden, die durch Landbesitz erreichbar werden: Nahrung, Futtermittel, Biosprit, Holz, Öl und Minerale. Diese Ressourcen haben einen Status als „globales Zentrum der Kapitalakkumulation“ (wieder)erlangt. In Guatemala haben Unternehmen, die von der agrarischen, Finanz- und Industrieoligarchie kontrolliert werden, im Verbund mit transnationalen Investoren oder Finanziers auf aggressive Weise die Kontrolle über Ländereien für Zuckerrohr- und vor allem Ölpalmenplantagen gewonnen. Diese sogenannten *flex crops*, also Agrarprodukte, die, je nach Marktlage, für sehr verschiedene Zwecke genutzt werden können, expandieren in rasendem Tempo. Die derzeitigen Landaufkäufe durch Unternehmen in Guatemala für Plantagen dieser *flex crops* gewähren einen interessanten Einblick in globale Trends. Zuckerrohr und besondere Ölpalmenplantagen expandieren enorm im nördlichen Tiefland Guatemalas, einer Region, die 47 % des nationalen Territoriums in vier Departments umfasst: Alta Verapaz, Izabal, Quiché und Petén. 2010 produzierte Guatemala Zuckerrohr auf 248.000 Hektar Land und Ölpalmen auf 102.000 Hektar. Nach Angaben der Regierung besitze Guatemala über 1.000.000 Hektar Land, das für Zuckerrohr und Ölpalmen geeignet wäre. Das sind immerhin 57 % des gesamten bebaubaren Landes in

Guatemala. 2010 wurde 70 % des im Land produzierten Zuckers und rohen Palmöls und 90 % des Zuckerrohrethanol exportiert. Zwischen 2000 und 2010 haben die Exporterlöse für Zucker um 106% und für Palmöl um 587 % zugenommen. Der Ethanolexport stieg um 67 % zwischen 2006 und 2010. Das rohe Palmöl wird vor allem in die Staaten der Europäischen Union, USA und Mexiko exportiert. Das Ethanol geht hauptsächlich in die EU-Staaten, während der Zucker vorwiegend in die USA, Kanada, Russland, Südkorea, China, Malaysia und Indonesien gelangt.

Zum Nutzen für Wenige

Der Nutzen aus diesem Exportboom konzentriert sich auf wenige Personen. Nur 14 Unternehmen (in der Hand von 14 Familien der Oligarchie) kontrollieren als Zuckerproduzenten-Gilde (ASAZGUA) 80 % der Zuckerplantagen des Landes und 100 % der Zuckerfabriken. Gar nur fünf Unternehmen kontrollieren die gesamte Ethanol-Produktion von 250 Millionen Litern im Jahr. Und schliesslich bilden acht Familien die einflussreiche Ölpalmen-Gilde (GREPALMA), die 98 % der geernteten Ölpalmen und 100 % der Ölpalmenplantagen kontrolliert. Sowohl ASAZGUA und GREPALMA gehören dem mächtigen *Koordinationskomitee der Agrar-, Handels-, Industrie und Finanzverbände Guatemalas* (CACIF) an. Neben deren einheimischen Kapital spielt das internationale Finanzkapital eine wichtige Rolle in dieser Agrarindustrie. 2011 erhielt die guatemalteckische Zuckerrohrbranche 93 % der Kredite für ihr operatives Geschäft in US-Dollar. Die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IDB) hat 150 Mio. US-Dollar aufgebracht, um „Zucker- und Biosprit-Unternehmen und -Exporteure [besonders] in Guatemala, Nicaragua, der Dominikanischen Republik, El Salvador und im Nordosten Brasiliens“ zu finanzieren. Die *Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration* (CABEI) half mit 20 Mio. US-Dollar bei der Finanzierung von höchst umstrittenen Landaufkäufen für Zuckerrohrplantagen im Polochic-Tal im nördlichen Tiefland. Dieser Kredit wurde ausschliesslich aufgrund einer Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfung gewährt, die vom Agrarunternehmen selbst durchgeführt wurde. Diese Investitionen erleichtern das Anwachsen der *flex crops*, die immer mehr Land für die Produktion von Rohmaterialien in Anspruch nehmen. Dies wird die Landnutzung, die Beschäftigungssituation und sozialen Beziehungen in der Region nachhaltig verändern. Zugleich haben die *Internationale Finanzkorporation* (IFC) der Weltbank und die IDB den grössten guatemalteckischen ZuckerrohrproduzentInnen Kredite in Höhe von 222 Mio. US-Dollar gewährt, damit diese 'offshore' Land, Fabriken und Destillieren in Honduras, Nicaragua und El Salvador kaufen können sowie um ein Joint Venture mit den grossen kolumbianischen und brasilianischen Zuckerrohrkonzernen zu schliessen und einen Destillerie-Fabrik-Komplex in Brasilien zu bauen.

„Legale“ Landnahme und „freiwillige“ Landverkäufe

Die Zuckerrohrunternehmen expandieren in ihrer Landnahme im nördlichen Tiefland mittels verschiedener Instrumente: sie leasen das Land für 25 Jahre, sie schliessen Kontrakte mit den BäuerInnen oder sie kaufen direkt das Land auf. Letzteres hat zu der Vertreibung von hunderten Familien und ganzen Dorfgemeinden geführt. Ungefähr 11 % aller bäuerlichen Haushalte in der Region, die für diese Studie ausgewertet wurden, haben ihre Landrechte in der vergangenen Dekade verloren. Von diesen Fällen betrafen 92 % Land der Q'eqchi', das vom Agrobusiness oder Rinderzüchtern übernommen wurde. Dutzende Dörfer schrumpften zu einem kleinen Häufchen von Häusern zusammen; in vier Fällen wurde das gesamte Dorf inklusive Häuser, Schulen und Kirchen, von den PlantagenbetreiberInnen niedergemacht.

Es mag schockierend klingen, dass die Landnahme im nördlichen Tiefland überwiegend auf legalem Wege geschehen soll. Aber, was hier legal heisst, ist verbunden mit Verlockungen und Druck der verschiedensten Arten, subtil oder offen gewaltsam. Das Land, das den Q'eqchi' genommen wurde, besass von FONTIERRAS ausgestellte Landtitel. Wie oben bereits ausgeführt, haben jene, die von dem Fonds Geld erhielten, schwer an den Schulden zu tragen, so schwer, dass manche gezwungen waren zu verkaufen. Nach einer Umfrage, die Teil dieser Studie war, sagten die Hälfte der männlichen Haushaltsvorstände, die ihr Land verkauften, dass ihr Land „unproduktiv“ gewesen sei. Die andere Hälfte sagte, dass sie verkauften, weil sie „überschuldet“ waren. Hingegen waren 86 % der weiblichen Haushaltsvorstände offen gegen die Landverkäufe. Schulden spielten also eine grosse Rolle bei der angeblich freiwilligen Vertreibung der indigenen Bevölkerung. Die von FONTIERRAS geförderten individualisierten Eigentumsrechte mögen zwar den BäuerInnen beim Zugang zum Kredit geholfen haben. Die jährlichen Zinsraten zwischen 18 und 26 %, die der private oder öffentliche Banksektor auferlegte, haben jedoch entweder von vornherein kaufwillige BäuerInnen abgeschreckt, überhaupt gemeinschaftlich Kredite zu beantragen oder aber führten zum Verlust ihres Landes, das ursprünglich Teil eines Gemeinschaftsgutes gewesen war. Die Verschuldung ist ebenso verbunden mit dem Absinken der landwirtschaftlichen Produktivität. Die individualisierte Eigentumsform veränderte die ursprünglich nachhaltige Brandrodungswirtschaft mit Brachzeiten der Q'eqchi' und fesselte sie an ein kleines Stück Land mit sinkender Fruchtbarkeit. Das zwang sie dazu auf externe Massnahmen der Ertragsverbesserung umzuschwenken. In einer Region mit nährstoffarmen, felsigen Böden bedeutet das, grössere Mengen an chemischen Dünger für viel Geld zu kaufen. Die angeblich freiwilligen Landverkäufe sind jedoch häufig auch von Gewaltakten oder physischen Zwangsmitteln begleitet. BäuerInnen, die sich weigern zu

den von den Käufern festgesetzten und nicht verhandelbaren Preisen zu verkaufen, werden bedroht. Ländereien werden inmitten von grossen Plantagen eingeschlossen und die Zugangsrechte verweigert, sogar gegenüber von Regierungsbediensteten, die das Areal besuchten.

In der nächsten ¡Fijáte!-Ausgabe werden die direkten Auswirkungen auf die betroffenen BäuerInnen, die daraus resultierenden Konflikte und Widerstände näher erläutert.

Waffenhandel mit Guatemala

Guatemala, 4. Juli. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des *Zentrums Woodrow Wilson* alarmierte über das Ausmass des Waffentransits aus den USA in das so genannte Todesdreieck – Honduras, El Salvador, Guatemala –, ein Gebiet, welches eine der höchsten Mordraten durch Schusswaffen auf der Welt aufweist, begleitet von Drogenaktivitäten und Korruption.

„Der Waffenhandel der USA mit Guatemala ist wesentlich grösser, als wir bisher annahmen“, gab Colby Goodman, Autor der Studie des *Wilson Centers*, an. Im Allgemeinen landen die meisten dieser Waffen in den Händen der Drogenbanden, die sie wiederum dafür nutzen, um ihre Schmuggelware und Drogen zu schützen, deren Ziel die USA sind. Es ist ein Kreislauf, der die eh schon hohe Gewaltspirale in der Region stetig steigen lässt.

Das Kartell der Zetas hat sich in den letzten Jahren in Guatemala ausgebreitet, um den Transport ihrer Drogen abzuschern. Nachdem 11 Mitglieder eines guatemaltekischen Kartells 2008 im Department Zacapa ermordet wurden, konnten die US-Behörden zwei der in dem Blutbad benutzten Waffen als aus einer texanischen Waffenfabrik kommend identifizieren. Und das ist nur ein Beispiel von vielen bezüglich des illegalen Handels von Waffen zwischen dem Norden und dem Süden der Region.

El Salvador und Guatemala besitzen ein Waffenarsenal, das ausreicht, jedem seiner Soldaten mit sieben Waffen auszustatten, so ein Bericht der *Vereinten Nationen* (VN) aus dem Jahr 2012. Es sollen laut den Berechnungen der VN mehr als eine Million Waffen in Guatemala zirkulieren, von denen nur 450.000 registriert sind. In Guatemala ist in acht von zehn Mordfällen eine Schusswunde die Todesursache. Und diese Verbrechen können in vielen Fällen mit der selben, meistens illegalen Waffe in Verbindung gebracht werden, so das Innenministerium von Guatemala.

Im Jahr 2009 wurden etwa 6.000 Waffen in einem Bunker in Guatemala gefunden. Nachforschungen des Alkohol-, Tabak-, Waffen- und Sprengstoffbüros der USA (AFT) ergaben, dass 40% der Waffen, also über zweieinhalb Tausend, aus den USA kamen. Diese wurden dort demzufolge entweder hergestellt oder gekauft. In den letzten fünf Jahren hat die US-Staatsanwaltschaft 34 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Waffenschmuggel nach Guatemala geführt. Dabei ging es um mehr als fünfhundert Waffen aus US-amerikanischer Produktion. Dies beweist, wie der illegale Waffenhandel sich Richtung Mittelamerika ausbreitet. Zwischen 2006 und 2009 war ein Drittel der Waffen, die bei Delikten oder Organisiertem Verbrechen beschlagnahmt wurden, illegaler Weise über die Grenze aus den USA gekommen.

Dieses Phänomen „hängt unter anderem damit zusammen, so wie auch in Honduras, dass das legale System recht lasch ist“, so Goodman. Weiterhin gab er zu bedenken, dass auch die US-amerikanische Gesetzgebung zu überprüfen wäre. Obamas Regierung veranlasste zumindest, dass grössere Waffenlieferung über die Grenze vorher angemeldet werden müssen und ausserdem Schutzmassnahmen gegen den illegalen Verkauf zu errichten sind.

Aber nicht nur die USA versorgen Guatemala mit noch mehr „notwendigen Feuerwaffen“. Das Innenministerium hat nämlich vor, 25.000 Pistolen vom Typ Glock und Perito Berettas zu kaufen, um die PolizeibeamtInnen auszurüsten. Diese werden sie von Firmen mit Sitz in Österreich und Italien beziehen. Die neuen Neun-Millimeter-Glocks sind für die Spezialeinheiten, ErmittlerInnen und die Antidrogeneinheiten gedacht, die wohl eine etwas höher entwickelte Waffe brauchen. Die Pierto Berettas werden dem operativem Personal zugeordnet, die Wachmänner der Gefängnisanstalten eingeschlossen. Schon am 20. Juni merkte der Präsident Pérez Molina an, dass man 33.000 Waffen kaufen werde: 25.000 Pistolen, 4.000 Uzi und 4.000 Gewehre des Typs AK-47. Dies geschähe innerhalb einer Zeitdauer von zwei Jahren. Hier wurde neben Österreich und Italien des weiteren Israel als Waffenlieferant genannt. (CEG)

Fast die Hälfte der Polizeifahrzeuge in Guatemala ist kaputt!

Guatemala, 1. Juli. Neben anscheinend zu wenigen Waffen, fehlt es der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) wohl auch an funktionierenden Fahrzeugen. Die PNC verfügt über einen Fahrzeugpark von 3.612 Polizeifahrzeugen. Allerdings sind davon nur 54 % im Einsatz, während der Rest aufgrund unzureichender oder noch anstehender Reparatur ausser Dienst gestellt ist. 900 Fahrzeuge stehen als Schrottkarren in den verschiedenen Polizeipräsidien, 725 befinden sich in Reparatur. Diese Zahl verkündete die Beauftragte für Polizeireform, Adela de Torrebiarte. Die häufigsten Probleme sind, dass die Fahrzeuge nach einer Karambolage während einer Verfolgungsjagd steuerungsunfähig geworden sind – oder aber weil sie von Nachbarn während irgendwelcher Auseinandersetzungen zerstört worden sind. Ein weiteres Problem, mit dem sich die Polizei herumschlagen muss, ist, dass die Autos vielfach nicht versichert sind.

„Die einzigen Polizei-Patrouillen, die sicher funktionieren, sind die, die ab 2007 angeschafft wurden. Und wenn diese beschädigt werden, trägt die Versicherungen die Reparaturkosten. Jene aber, die vorher angeschafft wurden, müssen in den Werkstätten der Kommissariate oder in der Hauptstadt repariert werden. Die entsprechenden Überführungen kosten eine Menge Ressourcen“, sagte De Torrebiarte. Die Beauftragte ist der Ansicht, dass die PNC mindestens 6.000 Fahrzeuge haben sollte, durchschnittlich eines für acht PolizistInnen, da nur dadurch die notwendige Bewegungsfähigkeit der Polizei erreicht wird.

LGTB-Rechte: Anzeige gegen den Präsidenten und Christopher-Street Day in Guatemala

Guatemala, 29. Juni. Die 43. Generalversammlung der Organisationen der Staaten von Amerika (OAS), die Anfang Juni in Antigua Guatemala tagte, generierte eine Debatte um die gleichgeschlechtliche Ehe und das Recht auf Abtreibung. Der Präsident Otto Pérez Molina und sein Aussenminister Luis Fernando Carrera Castri erklärten, dass sie gegen die homosexuelle Ehe seien und damit die Entscheidungen und Abkommen der OAS nur unter Vorbehalt unterzeichnen werden.

Jorge López Sologaistoa, Direktor von OASIS, einer Stiftung, die sich für die Rechte von Homosexuellen, Lesben, Bisexuellen und Transgender einsetzt, stellte seinerseits klar, dass es in der Versammlung der OAS nicht um die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe gegangen war, sondern vielmehr um den Respekt von sexueller Orientierung und Genderidentität. Auslöser für die Debatte innerhalb der OAS waren die dokumentierten Hassverbrechen gegen homosexuelle oder lesbische Menschen und die daraus resultierende Zielsetzung, die Mitgliedsstaaten dazu anzuregen, die Menschenrechte dieser Personen zu schützen. Jorge López stellte daher am 26. Juni beim *Büro des Ombudsmann für Menschenrechte* (PDH) Anzeige gegen den Präsidenten und den Aussenminister. Mit ihren öffentlichen Äusserungen missachteten sie die Würde eines ganzen Sektors der Bevölkerung und somit ihre verfassungsmässigen Rechte. Sie beschränken und verdrehen internationale Abkommen und entsprächen nicht der guatemalteckischen Rechtsprechung. Die Anzeige bezog sich auch auf Vizepräsidentin Roxana Baldetti, der er ebenfalls die Verletzung der Menschenrechte vorwarf. Sie hatte gegenüber den Opfern negativ ausfallende Aussagen aus einem von ihr koordinierten Ministerium nicht korrigiert. Ziel des Direktors von OASIS ist es, dass die Rechte der Opfer anerkannt werden.

Einige Tage später, am 29. Juni, fand ein weiterer, jährlich sich wiederholender, friedlicher Protestakt statt: die XIII. Parade der Sexuellen Vielfalt und Genderidentität von Guatemala. Diese farbenprächtige Parade soll dazu dienen, den Bruch mit dem sozialen Schweigen über das Thema der Nicht-Heterosexualität zu feiern. Jene Hassverbrechen und die Diskriminierung sollen dadurch aufgezeigt werden, sowie des Fehlens der Eingreifen des Staates. Die Parade ist auch eine Möglichkeit, die Solidarität zwischen Homosexuellen, Lesben, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und Asexuellen zu festigen und gemeinsame Aktionen zu unternehmen, um sich der stark verfestigten Homophobie in der Gesellschaft entgegenzustellen. Diese Homophobie führt oft dazu, dass öffentlich keine Position bezogen und die Verletzung der Rechte der Nicht-Heterosexuellen nicht öffentlich angeprangert wird.

Das Organisationskomitee bestand aus verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft und wurde unterstützt von Menschenrechtsorganisationen, Gruppen der sexuellen Vielfalt, staatlichen Institutionen und internationalen Kooperationspartnern. Auch wurde dieses Jahr ein Rekord bei der Beteiligung an Demonstrationen der LGTB-Gemeinde und deren UnterstützerInnen in Guatemala erreicht. Fast 10.000 Personen waren bei den Aktivitäten zugegen und versammelten sich im Zentralpark, um Gleichheit, Gerechtigkeit und Rechte einzufordern. (<http://youtu.be/GpynudGOqd0>, <http://facebook.com/events/137096076475068>)

Zunahme der Attacken gegenüber MenschenrechtsverteidigerInnen

Guatemala, 1. Juli. Sowohl der *Ombudsmann für Menschenrechte* (PDH), Jorge de León Duque, als auch die Leiterin der *Einheit für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen* (Udefegua), Claudia Samayoa, berichteten vor der Presse, dass die Anzahl der Attacken gegenüber MenschenrechtsverteidigerInnen in der ersten Hälfte dieses Jahres angestiegen sei. Das PDH zählte vier Morde und 490 Fälle von Aggressionen gegenüber MenschenrechtsaktivistInnen. Die meisten davon seien im Landesinneren geschehen – sie reichen von Bedrohungen, Einschüchterungen, Kriminalisierung und endeten in einigen Fällen mit Mord.

Für Samayoa stehen viele der jüngsten Angriffe in einem Zusammenhang mit dem Prozess gegen Efraín Ríos Montt und José Rodríguez wegen Genozid, da dieser die Gesellschaft stark polarisiert und innerpolitischen Druck erzeugt habe.

Laut de León gebe es viele soziale Netzwerke und manche Zeitungen, die Informationen und Fotografien von MenschenrechtsaktivistInnen mit dem Hinweis veröffentlichen, dass diese Personen Feinde der Demokratie und der Justiz seien. Dieses Vorgehen finde bereits seit Jahren statt, aber mittlerweile habe sich diese Art der Verleumdung zugespitzt und sei täglich in den Medien anzutreffen.

In Bezug auf die Konflikte mit den Bergbaufirmen, meint De León, dass der Umgang mit den kommunalen Volksscheidungen zum Wohle der Bevölkerung geregelt werden müsse und nicht Ausgangspunkt für eine Verstärkung und Ausweitung der Konflikte im Land darstellen sollte. Konflikte müssten am Verhandlungstisch geklärt werden, mit großer Dringlichkeit und vielen Gesprächen, nicht nur um die Lage zu beruhigen und die Anliegen der Bevölkerung zu ernst zu nehmen, sondern auch um die Sicherheit der Investoren zu garantieren, die ja Gewinne erzielen wollen.

Alberto Brunori, Repräsentant des *UN-Hochkommissariats für Menschenrechte*, sprach auch von einer Erhöhung des Gewaltniveaus. Zugleich aber haben sich die Erscheinungsbilder der Gewalt verändert. Fälle von Stigmatisierungen und Bedrohungen haben zugenommen und erreichten inzwischen eine Zahl von 150. Offensichtlich seien viele davon mit den Streitigkeiten um Megaprojekte und um Zugang zu Land in Beziehung zu setzen, also einem strukturellen Thema.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF